

SWP-Aktuell

NR. 35 JULI 2026

Die Region Tigray in der Grauzone des Krieges

Der Konflikt zwischen der TPLF und der äthiopischen Regierung hat ein Eskalationspotential über das Land hinaus

Gerrit Kurtz

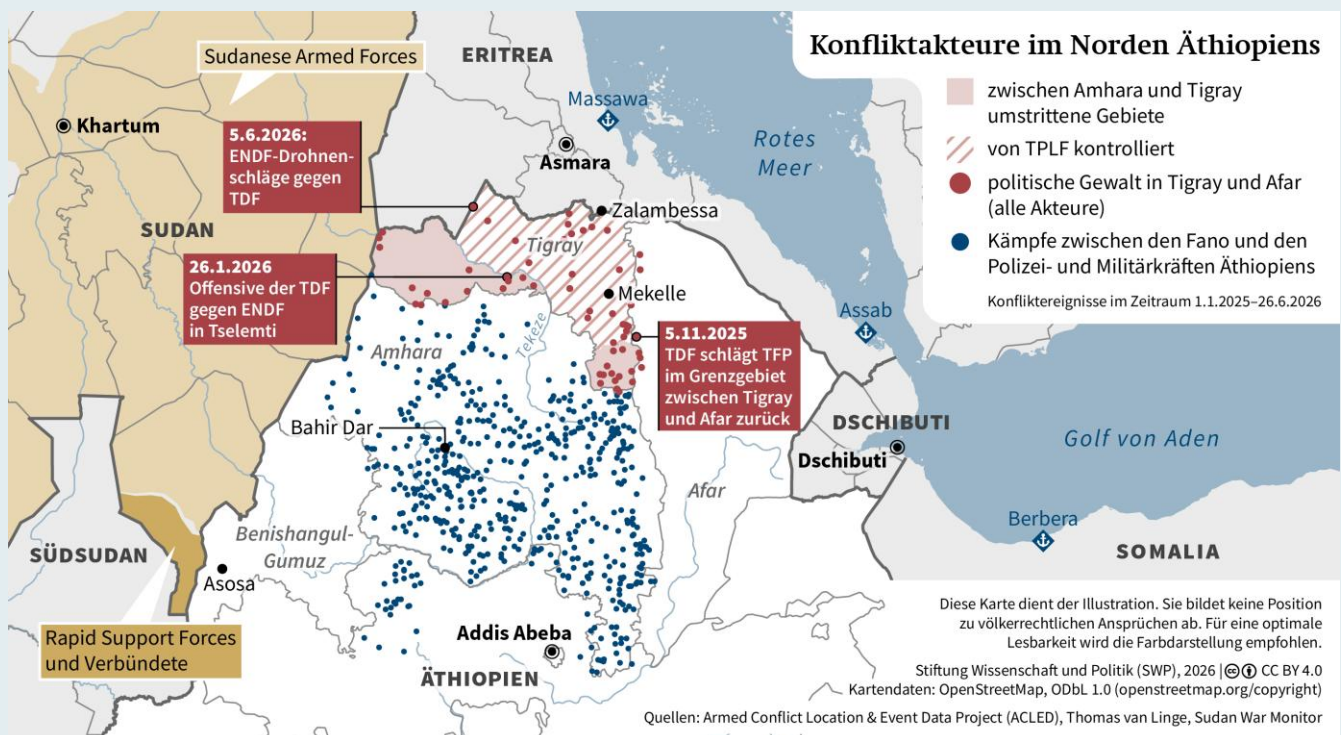
Die Spannungen zwischen Addis Abeba und der Region Tigray schwellen sukzessive an. Fehlkalkulationen könnten sogar zu einem erneuten großflächigen Krieg führen, auch wenn die Beteiligten dies nicht direkt anstreben mögen. Seit Ende des Krieges im Norden Äthiopiens im November 2022 hat sich keine neue belastbare politische Ordnung herausgebildet. Tigray befindet sich in einer Zwischenwelt von Krieg und Frieden. Die Verantwortung dafür tragen sowohl die äthiopische Regierung als auch deren Friedenspartner, die Volksbefreiungsfront von Tigray (TPLF). Die TPLF hat nach dem Verlust der nationalen Regierungsmacht 2018 noch keine neue Rolle für sich gefunden, sondern ist von internen Machtkämpfen gezeichnet und von autoritären Reflexen geprägt. Umgekehrt hat die äthiopische Regierung nicht genug getan, die Rückkehr von Binnenvertriebenen zu ermöglichen und die territoriale Integrität von Tigray wiederherzustellen. Ein erneuter Waffengang könnte Eritrea, Sudan und weitere regionale Akteure miteinbeziehen. Deutschland und die EU sollten sich entschieden für Krisenprävention einsetzen, um eine weitere Eskalation in der ohnehin angespannten Region am Roten Meer zu verhindern.

Die Beziehungen zwischen der TPLF und der äthiopischen Regierung gleichen einem strategischen Spiel. Jede Entscheidung der einen Seite führt zu einer Gegenreaktion. Begleitet von bedrohlicher Rhetorik testen beide Seiten aus, wie weit sie gehen können. Gewalt gehört zum etablierten Repertoire.

Die äthiopische Regierung verlängerte das Mandat der Übergangsregierung in Tigray (TIRA) am 8. April 2026 um ein Jahr. General Tadesse Worede sollte Präsident in Mekelle bleiben. Die TPLF, die bei der Ver-

längerung nicht einbezogen wurde (wohl aber bei Tadesse's Einsetzung ein Jahr zuvor), erkannte die Entscheidung nicht an. Stattdessen setzte sie das Regionalparlament wieder ein, das 2020 aus einseitig organisierten Wahlen hervorgegangen war. Das Parlament wählte den TPLF-Vorsitzenden Debretsion Gebremichael am 5. Mai 2026 zum Präsidenten der Regionalregierung. Diese erkennt wiederum die äthiopische Regierung nicht an. Debretsions Regionalregierung entmachtete Tadesse. Gleichzeitig





rekrutieren die Tigray Defence Forces (TDF), die Streitkräfte der Regionalregierung, neue Kämpfer:innen. Seit letztem Jahr ist es wiederholt kurzzeitig zu gewaltsamen Auseinandersetzungen zwischen bewaffneten Gruppen aus Tigray gekommen, wobei die äthiopischen Streitkräfte (ENDF) mehrfach mit Drohnenschlägen eingriffen.

Dies ist kein obskurer politischer Machtkampf auf rein lokaler Ebene. Der Krieg von 2020 bis 2022 war einer der opferreichsten bewaffneten Konflikte der letzten Jahrzehnte weltweit. Das Pretoria-Abkommen, das den Krieg beendete, hängt am seidenen Faden. Äthiopien ist das bevölkerungsreichste Land in der strategisch wichtigen Region am Horn von Afrika.

Die Sollbruchstellen von Pretoria

Das Waffenstillstandsabkommen, das die TPLF und die äthiopische Regierung im November 2022 im südafrikanischen Pretoria unter Vermittlung der Afrikanischen Union (AU), der Intergovernmental

Authority on Development (IGAD) und der USA unterschrieben, bleibt mangels Alternativen ein wichtiger Referenzrahmen für die Beziehungen zwischen Tigray und Addis Abeba.

Das Pretoria-Abkommen hat das Leben in Tigray in den ersten Monaten nach seiner Unterzeichnung spürbar verbessert. Die Kriegshandlungen wurden eingestellt, die Regierung beendete die wirtschaftliche Blockade der Region und stellte die während des Krieges ausgesetzten Basisdienstleistungen (Strom, Banken, Telekommunikation) wieder bereit. Die TPLF gab schwere Waffen unter AU-Aufsicht ab.

Die TPLF ließ sich darauf ein, die 2020 einseitig gebildete Regionalregierung aufzulösen und stattdessen in Abstimmung mit Addis Abeba im März 2023 die Übergangsverwaltung einzusetzen. Diese war von Anfang an jedoch in einer schwierigen Position, weil sie gegenüber der Bevölkerung in Tigray auch Versäumnisse der äthiopischen Regierung verantworten musste.

Diese Versäumnisse treten vor allem an drei zentralen Baustellen auf dem Weg der

Umsetzung des Pretoria-Abkommens zutage. Erstens geht es um den Status von Gebieten, die vor dem Krieg zur Region Tigray gehörten und zu dessen Beginn von amharischen Milizen sowie den ENDF besetzt wurden. Dies betrifft die Westliche und die Südliche Zone der Lokalverwaltung sowie Tselemti südlich des Flusses Tekeze (siehe Karte). Die angrenzende Region Amhara beansprucht diese Gebiete, die vor 1991 tatsächlich noch nicht zu Tigray gehörten, für sich. Das Pretoria-Abkommen spricht lediglich davon, dass deren Status im Einklang mit der Verfassung gelöst werden solle. Die für eine verfassungsmäßige Klärung nötigen Schritte wurden aber bisher nicht eingeleitet.

Die Westzone Tigrays hat strategische Bedeutung. Auf großen Landwirtschaftsbetrieben werden dort Sesam und Baumwolle für den Export angebaut. Über die Grenze mit Sudan hinweg, so die Befürchtung der äthiopischen Regierung, könnte sich die TPLF dort mit bewaffneten Akteuren verbinden und ihre eigene Versorgung organisieren.

Verbunden mit dieser Territorialfrage ist, zweitens, das Schicksal von Binnenvertriebenen. Im Bürgerkrieg wurden rund 1,9 Millionen Menschen in und aus Tigray vertrieben. Auch mehr als drei Jahre nach dem Pretoria-Abkommen bleiben laut dem UN-Hochkommissariat für Flüchtlinge (UNHCR) rund 750.000 Menschen in der Region vertrieben, vor allem aus den amharisch kontrollierten Gebieten. Bei einer Gesamtbevölkerung von rund sechs Millionen ist das eine erhebliche Belastung. Vertriebene, die in die umstrittenen Gebiete zurückkehren konnten, finden ihre Häuser oft zerstört oder besetzt vor. Zudem mangelt es an Basisdienstleistungen. Ohne einvernehmliche Klärung der politischen Kontrolle dieser Gebiete wird die Rückkehr weiter schwierig bleiben.

Die dritte Baustelle ist die Demobilisierung, Entwaffnung und Reintegration (DDR) von Soldat:innen der TDF. Allein in Tigray wurden rund 274.000 Personen für das DDR-Programm registriert. Rund 63.000 Personen durchliefen den DDR-Prozess in Tigray bisher. Seit 2025 stockt der Prozess allerdings.

Etliche der Soldat:innen leben in Camps mit schlechter Versorgung. Teilweise setzte die TIRA mehr als die Hälfte ihres Budgets nur für die noch zu demobilisierenden Kämpfer:innen ein. Diese Mittel fehlten für die Entwicklung der Region.

Zentrale Konfliktakteure

ENDF: Ethiopian National Defense Forces (reguläre Streitkräfte)

TDF: Tigray Defense Forces (reguläre Sicherheitskräfte Tigrays)

TIRA: Tigray Interim Regional Administration (seit Mai 2026 entmachtet)

TPLF: Tigray People's Liberation Front (Partei)

TPF: Tigray Peace Force (Abspaltung der TDF, pro-Addis Abeba)

Diese Baustellen standen auch der Reintegration der Region in das politische System Äthiopiens im Weg. Wahlen fanden weder für ein neues Regionalparlament noch zur Entsendung tigrayischer Abgeordneter für das Parlament in Addis Abeba statt, obwohl dies im Pretoria-Abkommen vorgesehen war. Bei den Wahlen am 1. Juni 2026 blieb die gesamte Region Tigray außen vor.

Die TPLF auf der Suche nach ihrer Rolle

Nach dem vernichtenden Krieg im Norden Äthiopiens setzte eine intensive Debatte innerhalb der TPLF und der tigrayischen Elite insgesamt ein. Wie hatte es zu diesem Ausmaß an Gewalt kommen können? Wie viel Verantwortung trug die TPLF, welche die Politik Tigrays seit fünf Jahrzehnten dominiert, – und wie viel Kompromiss ließe sich mit Addis Abeba noch eingehen?

Die Diskussionen berührten auch die elementare Frage nach Tigrays Platz im staatlichen Gefüge Äthiopiens. Seit dem Ende des 19. Jahrhunderts konkurrierten in Äthiopien politische Eliten aus Tigray und Amhara um die Vorherrschaft. Die Rivalität

eskalierete in mehreren gewaltsamen Auseinandersetzungen wie dem Bürgerkrieg gegen das Militärregime der Derg 1974 – 1991. Die TPLF kontrollierte dann 27 Jahre lang innerhalb einer Parteienkoalition Staat und Wirtschaft, bis 2018 Abiy Ahmed an die Macht kam. Eine nationale Rolle dürfte die TPLF unter Abiys zentralisierter Herrschaft kaum mehr einnehmen können. Viele tigrayische Eliten, einschließlich der TPLF, könnten aber, so ein Akademiker aus der Region, ihren peripheren Status einfach nicht akzeptieren.

In der Nachkriegsdiskussion war die Übergangsverwaltung ein Zankapfel innerhalb der TPLF. Abiy verhinderte, dass TPLF-Präsident Debretsion deren Chef wurde, woraufhin das Zentralkomitee der TPLF ihren Verhandlungsführer in Pretoria und früheren Kommunikationsminister Getachew Reda wählte, den Abiy schließlich im März 2023 ernannte. Getachews Regierung wurde zwischen dem kompromisslosen Kurs der TPLF-Führung um Debretsion und den Verzögerungstaktiken der Regierung in Addis Abeba zerrieben.

Im August 2024 brach der Machtkampf innerhalb der TPLF offen aus. Die TPLF berief kurzfristig einen Parteitag ein, den Getachew und andere Mitglieder der TIRA boykottierten. Kurze Zeit danach wurden Getachew und 15 andere Personen aus der Partei ausgeschlossen. Getachews Position wurde bald unhaltbar. Nachdem die TPLF mit Hilfe von Sicherheitskräften bereits Teile der Verwaltung übernommen hatte, entließ Abiy Getachew im März 2025 und ersetzte ihn nach Verhandlungen mit Debretsion durch Tadesse Worede. Dieser hatte zuvor das Peace and Security Bureau der TIRA geleitet und in dieser Funktion die TDF kontrolliert.

Der Austausch des Regionalpräsidenten löste aber die tieferen Probleme nicht. Tadesse stieß schon bald auf ähnliche Schwierigkeiten und Widerstände wie sein Vorgänger.

Gleichzeitig verschärfte sich das Verhältnis der TPLF zum äthiopischen Staat. Die Wahlbehörde (National Election Board of Ethiopia, NEBE), die auch die Aufsicht über

das Parteienwesen innehat, hatte die TPLF 2024 (nach Verbot während des Kriegs) nur unter Auflagen zugelassen. Die TPLF sollte einen Parteitag abhalten, um dort eine Führung zu wählen und eine Satzung anzunehmen. Die TPLF wollte sich dem gesetzlichen Rahmen nicht unterwerfen, weil dies bedeutet hätte, dass sie sich als neue politische Partei hätte registrieren müssen und damit ihre historische Kontinuität verleugnet hätte. Zudem argumentierte die TPLF, dass sie als Unterzeichnerin des Pretoria-Abkommens bereits als Partei anerkannt sei. Im Mai 2025 entzog die NEBE der TPLF schließlich die Zulassung. Aus Sicht der äthiopischen Regierung existiert die TPLF daher als juristische Person nicht mehr. Dies erschwert die Aufnahme direkter Gespräche.

Die TPLF hat auch in Tigray selbst ein Legitimitätsproblem. Zweimal, im März 2025 und im Mai 2026, ersetzte sie zuvor legitimierte Übergangsverwaltungen in Mekelle, teilweise mit Gewalt. Oppositionspolitiker aus Tigray berichten, dass sie und ihre Mitstreiter bisweilen belästigt und verhaftet werden. Die TPLF hat eine »Null Toleranz«-Linie gegenüber Medien ausgerufen, welche die Agenda ihrer Gegner vertreten. Zehntausende insbesondere junge Menschen aus Tigray haben Äthiopien auf der Suche nach Arbeit verlassen, in der Regel Richtung arabische Halbinsel. In dieser Situation profitiert die TPLF von der Grauzone zwischen Krieg und Frieden, in der Tigray sich befindet. Denn die ständige Warnung vor den Machenschaften der äthiopischen Regierung hilft ihr, eigene extralegale Maßnahmen zu rechtfertigen.

Abiy der Jongleur

Die äthiopische Regierung unter Ministerpräsident Abiy steht vor ihren eigenen Herausforderungen. Sie will den laufenden politischen und wirtschaftlichen Wandel des Landes voranbringen, weg vom ethnischen Föderalismus und vom Entwicklungsstaat der TPLF, hin zu einem Unitarismus und einer kontrollierten marktwirtschaftlichen Öffnung.

Abiy muss die Interessen verschiedener Gruppen ausbalancieren, ohne sich von ihnen abhängig zu machen. Er verfolgt offenbar die Strategie, die Opposition zu spalten und damit zu schwächen. Auch ein umstrittener nationaler Dialog, der Verfassungsänderungen vorbereiten könnte, ist Teil seines Instrumentenkastens. In Tigray selbst fanden indes bisher keine Konsultationen für den nationalen Dialog statt.

Die Baustellen bei der Umsetzung des Pretoria-Abkommens anzugehen und zu beseitigen hätte bedeutet, fragile Beziehungen zu wichtigen Gruppen zu gefährden. Den territorialen Status von West-Tigray mittels eines Referendums, das die Regierung ins Spiel gebracht hatte, zu klären, hätte erfordert, festzulegen, wer abstimmungsberechtigt ist, insbesondere unter den Vertriebenen aus Tigray und den Neuankömmlingen aus Amhara.

Ähnlich verhielt es sich mit der Selbstverpflichtung der Regierung, für den Abzug aller »Non-ENDF«-Truppen zu sorgen, also vor allem amharischer Milizen und eritreischer Kräfte. Die Eritreer zogen sich zwar aus dem Inneren Tigrays zurück, blieben aber im Nordosten der Region, vor allem in Zalambessa und Irob, präsent.

Der Regierung in Addis Abeba kamen zudem die innertigrayischen Spannungen zunutze, die sie mindestens punktuell aktiv schürte. Kämpfer:innen der TDF, die unzufrieden mit dem Kurs der TPLF waren, spalteten sich 2025 ab und begannen, eine eigene Miliz unter dem Namen Tigray Peace Force (TPF, Hara Meret auf Tigrinisch) zu gründen. Die äthiopischen Streitkräfte scheinen die TPF zu unterstützen, in Form von Munition, Rationen und Bezahlung. Im November 2025 setzten die ENDF Drohnen gegen die TDF ein, als diese den TPF über die Grenze nach Afar nachsetzten.

Im Mai 2026 gründete Getachew mit seiner neuen Partei Simret und weiteren Parteien den »Peace and Change Council«, an dem auch TPF-Angehörige beteiligt sind. Die Koalition wird angeführt von General Tsdadkan Gebretensae, der die TDF während des Kriegs befehligte und unter Getachew Vizepräsident der TIRA war. Der Peace and

Change Council hat zum Ziel, die TPLF von der Herrschaft in Tigray zu entfernen, »mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln«, wie es bei der Gründung hieß. Getachew ist seit April 2025 offiziell Berater Abiys für Ostafrika im Rang eines Ministers.

»Tsimdo« und Eritreas Interessen

Die TPLF arbeitet ihrerseits mit ihrem einstigen Erzfeind Eritrea zusammen. Erste Kontakte soll es bereits Anfang 2024 in Dubai gegeben haben, als Getachew eritreische Vertreter im Auftrag der TPLF und – laut Debretsion – mit Ermutigung von Abiy traf. Ein strategisches Ziel der TPLF ist, nicht mehr von der in Addis Abeba herrschenden Regierung von der Welt abgeschnitten werden zu können wie im vorherigen Krieg.

Im Zuge dieser Annäherung startete Eritrea 2025 die »Tsimdo Selam«-Initiative. Vertreter von Tsimdo bezeichnen sie als »Graswurzel-Friedensbewegung« zwischen verwandten Völkern in der Grenzregion von Äthiopien, Eritrea und Sudan. Angesichts der Akteure, die sich an diesem Bündnis beteiligen, sieht Addis Abeba in der Initiative jedoch eine anti-äthiopische Allianz von TPLF, Eritrea, amharischer Fano und weiteren Oppositionsbewegungen, die eine gemeinsame militärische Offensive vorbereite.

Eritrea hat einen bemerkenswerten Weg zurückgelegt vom gemeinsamen Krieg mit den ENDF gegen die TPLF zum Verbündeten der TPLF gegen die äthiopische Regierung. Denn für Präsident Isaias Afwerki hat sich die Bedrohungslage inzwischen verschoben. Seit 2023 spricht Abiy regelmäßig von Äthiopiens Recht auf einen Meereszugang und bezeichnet das Rote Meer als »natürliche Grenze« Äthiopiens. Der äthiopische Außenminister Gedion Timothewos sagte im November 2025, Äthiopien habe längst Grund genug, Krieg gegen Eritrea zu führen, halte sich aber aus Verantwortungsbewusstsein zurück.

Vor diesem Hintergrund hat Eritrea ein Interesse, die eigene regionale Isolation zu überwinden, ohne das bisherige totalitäre

Herrschaftsmodell aufzugeben. Zu diesem gehört auch, beständig die Gefahr äußerer Einflussnahme, insbesondere durch Äthiopien, zu betonen, um die fortgesetzte Militarisierung der Gesellschaft zu rechtfertigen.

Für die Entscheidung, mit einem früheren Feind zu kooperieren, weil dieser das »kleinere Übel« im Vergleich zum übergeordneten Hauptgegner darstellt, gibt es in der Region eine verbreitete Offenheit, wie Gespräche mit unterschiedlichen politischen Akteuren in Äthiopien zeigten. Dieses Kalkül prägt das Verhältnis der TPLF zu Eritrea, das der amharischen Fano zur TPLF und auch die Beziehung des Peace and Change Council zur Regierung in Addis Abeba.

Die Akteure gehen davon aus, die Interessen des jeweils anderen für eigene Zwecke manipulieren zu können. Es ist eine taktische Zusammenarbeit, keine strategische Allianz.

Regionale Verflechtungen

Die Spannungen im Norden Äthiopiens beziehen neben Eritrea weitere regionale Akteure mit ein, die zur Eskalation und Verbindung mit existierenden bewaffneten Konflikten beitragen könnten.

So haben sich Äthiopiens Beziehungen zur Sudanesischen Armee (SAF), die den Großteil der Grenze mit dem Nachbarn kontrolliert, in den letzten Monaten erheblich verschlechtert. Äthiopien ist seit Ende 2025 zu einem der wichtigsten Transitländer für die Versorgung der Rapid Support Forces (RSF) durch die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE) geworden, wie Dutzende verdächtige Cargoflüge pro Monat sowie Satellitenbilder aus Benishangul-Gumuz zeigen. Die SAF beschuldigen Äthiopien zudem, emiratische Drohnenangriffe auf sudanesishe Ziele zu ermöglichen und verweisen dabei unter anderem auf die Flugdaten einer im Mai 2026 abgeschossenen Akıncı-Drohne aus türkischer Produktion.

Addis Abeba sieht seinerseits die Präsenz der Army 70, einer bewaffneten Gruppe aus Tigray mit Verbindungen zur TPLF, in Sudan kritisch. Army 70 hat auf Seiten der SAF in

den dortigen Krieg eingegriffen. Es handelt sich wohl um mehrere Tausend Kämpfer, die bei einer möglichen Auseinandersetzung um West-Tigray von der sudanesischen Grenze aus operieren könnten.

Überdies baut Eritrea seine Beziehungen zu Ägypten aus, das mit Äthiopien über die Kontrolle des Nilwassers streitet. Im Juni 2026 vereinbarten Asmara und Kairo, in verschiedenen Sektoren, einschließlich der maritimen Wirtschaft, zusammenzuarbeiten. Ägypten will sich auch bei der Entwicklung der Häfen von Assab und Massawa engagieren – also genau jener Häfen, an denen Abiy mit seiner Rhetorik vom Zugang zum Meer Interesse angemeldet hat.

Ein weiterer Einfluss auf die Region geht von der Konkurrenz zwischen den VAE und Saudi-Arabien aus. Die VAE sind einer der engsten finanziellen und militärischen Partner Abiys. Saudi-Arabien sieht eine weitere Militarisierung des Roten Meeres skeptisch. Riad hat 2020 mit dem Red Sea Council eine regionale Initiative der Anrainerstaaten gegründet, zu denen auch Eritrea zählt. Die Blockade der Straße von Hormuz verstärkt die wirtschaftliche Bedeutung des Roten Meeres für den saudischen Erdöl-export. Transnationale Schmuggelrouten für iranische Waffen und Militärgüter im Roten Meer berühren zudem Riads Sicherheitsinteressen. Saudi-Arabien hat in der Vergangenheit versucht, zwischen Äthiopien und Eritrea zu vermitteln. Diese Bemühungen scheiterten jedoch, weil die Verhandlungen keine militärische Nutzung von Assab einbezogen, ein Kerninteresse Äthiopiens.

Sporadische Gewalt und Kriegeisiken

Die Spannungen zwischen der TPLF und Addis Abeba schaukeln sich Schritt für Schritt weiter hoch, ohne – bisher – vollständig zu explodieren. Beide Seiten wollen vermutlich die Verheerungen des letzten Krieges nicht noch einmal in Kauf nehmen, haben aber bereits gezeigt, dass sie weiterhin bereit sind, militärische Gewalt für ihre

Interessen einzusetzen. Seit der Machtübernahme der TPLF im März 2025 hat es mehrere Zusammenstöße zwischen den TDF und den ENDF gegeben. Ende Januar 2026 rückten TDF-Einheiten über den Tekeze-Fluss nach Tselemti ein und einige Tage später auch in Gebiete in Süd-Tigray. Es kam zu schweren Gefechten, bei denen die ENDF auch Drohnen einsetzte. Die Auseinandersetzungen endeten jedoch, als sich die TDF auf die ursprünglichen Positionen zurückzogen. Tadesse, der damalige TIRA-Chef, sagte dazu im Regionalfernsehen: »Die Truppen, die wir geschickt haben, sollten keinen Krieg entfachen. Sie wurden entsandt, (...) um Druck aufzubauen, damit die Rückkehr der Vertriebenen und unsere souveränen territorialen Rechte wieder auf die Tagesordnung kommen.« Die äthiopische Regierung reagierte auf den Vorfall, indem sie für mehrere Monate Truppen an den Grenzen zu Tigray zusammenzog.

Der Handlungsdruck auf die TPLF ist, bei aller Selbstrechtfertigung, real. Es fehlt an Bargeld, an Treibstoff, an Medikamenten. Addis Abeba hinkt seit Oktober 2025 mit seinen Überweisungen an die Regionalverwaltung in Tigray hinterher. Angestellte des öffentlichen Diensts wie Lehrer:innen werden nicht bezahlt. Die Bevölkerung wird zwischen der TPLF und Addis Abeba aufgerieben.

Konfliktverschärfend kommt die Politisierung der TDF hinzu. Die TDF waren als überparteiliche Widerstandsbewegung mit vielen Freiwilligen nach der ersten Offensive der ENDF 2020/21 entstanden. TDF-Kommandeure stellten sich im Januar 2025 jedoch offen auf die Seite Debrebsions und unterstützten die TPLF bei der Übernahme der Regionalverwaltung. Mittlerweile gibt es Berichte über Zwangsrekrutierungen. Im Juni beschloss die Regionalversammlung ein Gesetz zur Mobilisierung von Truppen und richtete einen Führungsstab (Command Post) unter der Führung Debrebsions ein. Der Griff zum Mittel der Zwangsrekrutierung bestätigt Berichte, wonach sich die TDF nicht auf die Kampfbereitschaft eines substanziellen Teiles der Truppen verlassen können. Kriegsmüdigkeit ist weit verbreitet,

insbesondere angesichts eines möglichen innertigrayischen Bürgerkriegs.

Für die TPLF als auch für Abiy spielt die Legitimität einer möglichen Militäraktion eine große Rolle. Die jeweils andere Seite soll als Aggressor erscheinen. Die TPLF wird nicht müde, in offenen Briefen an internationale Akteure wie die AU, die UN und westliche Botschaften vor einem Kriegsrisiko zu warnen. Umgekehrt warnt die äthiopische Regierung internationale Partner vor mutmaßlichen Kriegsvorbereitungen der TPLF und Eritreas.

Weder die TPLF noch die äthiopische Regierung können die Eskalation vollständig kontrollieren. Es besteht das Risiko, dass kleinere Milizen wie die amharischen Tekeze Guards in West-Tigray, die TPF in Afar oder die Army 70 der TPLF in Sudan aus lokalen Motiven heraus Militäraktionen wagen. ENDF bzw. TDF könnten sich dann genötigt fühlen, ihren jeweiligen lokalen Partnern zu folgen bzw. auf die begrenzten Aktionen der Milizen zu reagieren. In der aufgeheizten Atmosphäre ist es fundamental, dass es zuverlässige Kommunikationskanäle gibt, damit aus Fehlkalkulationen oder Missverständnissen keine größere Auseinandersetzung wird.

Internationale Ansatzpunkte für Prävention

Internationale Akteure sollten sich mit Nachdruck dafür einsetzen, die derzeitige Eskalationsspirale zu durchbrechen. Ein erneuter Waffengang im Norden Äthiopiens könnte leicht auf Nachbarländer übergreifen. Noch ist es nicht zu spät, den nächsten Krieg am Horn von Afrika zu verhindern. Die TPLF und die Regierungen in Addis Abeba und in Asmara sollten ihre Drohgebärden einstellen; die TPLF sollte sich als politische Partei registrieren und Addis Abeba die wirtschaftliche Isolation Tigrays beenden. Wenn überhaupt werden diese Akteure solche Schritte nur ergreifen, wenn die anderen Seiten auch mitmachen. Dazu braucht es internationale Vermittlung.



Dieses Werk ist lizenziert
unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auf-
fassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser
Publikation sind Verweise
auf SWP-Schriften und
wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern
einem Begutachtungsverfahren,
einem Faktencheck und
einem Lektorat unterzogen.
Weitere Informationen
zur Qualitätssicherung der
SWP finden Sie auf der SWP-
Website unter [https://www.
swp-berlin.org/ueber-uns/
qualitaetssicherung/](https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/)

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A35

Die erste Vermittlerrolle nimmt die Afrikanische Union mit ihrem wieder eingesetzten Sondergesandten Olusegun Obasanjo ein, der Mitte Juni 2026 in Mekelle war. Als weitere Akteure kommen die direkt am Pretoria-Abkommen beteiligten Regierungen in Frage: die USA, Kenia (mit dem ehemaligen Präsidenten Uhuru Kenyatta) und Südafrika. Auch Saudi-Arabien und die Türkei könnten insbesondere auf der zwischenstaatlichen Ebene einen konstruktiven Part übernehmen, wenn sie wollen.

Eine Vermittlung wird nur Erfolg haben, wenn sie tatsächlich unparteiisch agiert und unterschiedliche Verhandlungsebenen ineinandergreifen. Einseitiger Druck auf eine Seite des Konflikts dürfte sich eher kontraproduktiv auswirken. Die USA laufen Gefahr, mit ihren jüngsten Maßnahmen genau diese Grundvoraussetzung verletzt zu haben. So hoben sie ihr Rüstungsexportverbot für Äthiopien auf und erließen Visa-Restriktionen gegen TPLF-Führungspersonen. Auch die EU-Kommission muss sich fragen, wie konfliktensibel ihre Entscheidung war, die Budgethilfe für Äthiopien wiederaufzunehmen, ohne dass die von ihr drei Jahre zuvor formulierte Aufforderung zur Aufarbeitung von Kriegsverbrechen befolgt worden wäre. Die EU-Delegation in Äthiopien kritisierte in einem Statement die TPLF für ihre einseitigen Schritte, aber nicht die äthiopische Regierung für die wirtschaftliche Isolation Tigrays. Klar ist aber auch: Öffentlicher Druck wird die handelnden Akteure kaum von einer weiteren Eskalation abhalten, einseitige Rhetorik könnte sie jedoch zu Risiken ermutigen.

Die Bundesregierung sollte darauf achten, dass die EU-Institutionen eine ausgewogene Position gegenüber den Konfliktparteien vertreten. Die deutsche und europäische Rolle sollte sich nicht auf die Unterstützung der laufenden AU-Vermittlung beschränken, zumal sich die AU gegenüber dem Gaststaat Äthiopien traditionell mit Kritik zurückhält.

Der wichtigste Hebel gegenüber der äthiopischen Regierung besteht in den milliardenschweren Programmen der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IWF), in deren Organen die EU-Staaten einen erheblichen Einfluss ausüben. Hier sollte sich Deutschland für ein gemeinsames Signal gegenüber der äthiopischen Regierung einsetzen, dass ein erneuter großflächiger Krieg die erfolgreiche Fortführung dieser Programme gefährden würde. Genau auf dieses Risiko hat auch der IWF selbst schon verwiesen. IWF und Weltbank sollten auch Äthiopiens hohe Goldexporte, die zu großen Teilen aus irregulären Minen in Tigray stammen, kritischer bewerten.

Deutschland und die EU sollten zudem die Krise in Äthiopien in Gesprächen mit extraregionalen Partnern wie Ägypten, Saudi-Arabien, den VAE, Israel und der Türkei ansprechen. Es war ein zentraler Mangel nach dem Pretoria-Abkommen, dass dessen Umsetzung nicht von einem regionalen Dialogmechanismus zur Sicherheit am Horn von Afrika begleitet wurde. Der derzeitige geopolitische Wettbewerb in diesem Raum könnte durch mehr Kommunikation, Transparenz und regelmäßige Gesprächsformate mit den Staaten der Region und den genannten externen Akteuren zumindest abgemildert werden. Ein gemeinsames Format ist wegen der Rivalitäten schwierig aufzusetzen, daher werden sich internationale Sondergesandte weiterhin intensiv um diese Gesprächskanäle kümmern und gegenseitig abstimmen müssen. Im Sinne präventiver Diplomatie bleibt dieses Engagement nötiger denn je.

Dr. Gerrit Kurtz ist Wissenschaftler in der Forschungsgruppe Afrika und Mittlerer Osten.